

Nationalratswahl 24.11.

Wir fassen kurz zusammen, wie es zum vorzeitigen Ende der VP-FP-Koalition gekommen war und bieten Ihnen einen Überblick über die Programme der vier großen Parteien und andere wichtige Informationen als Entscheidungshilfe.

Am Montag (09. 09. 2002) um 15.04 Uhr gab Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel eine vom ORF live übertragene Pressekonferenz, in der er feststellte, daß die ÖVP mit dem Koalitionspartner FPÖ nicht weiter arbeiten könne und hat

der Wirtschaft und der Häuser und Wohnungen vor allem in Ober- und Niederösterreich vorrangig sei.

Diese Entscheidung rief Auseinandersetzungen in der FPÖ hervor, vor allem Landeshauptmann Dr. Jörg Haider forderte, die den

gleichen Vorrang einräume, wie die Regierung, denn Geld könne man nur einmal ausgeben.

SPÖ-Chef Dr. Alfred Gusenbauer erklärte, die Menschen in Österreich interessierten die internen Streitigkeiten in der FPÖ und in der Regierung nicht. Die Bevölkerung würde vorrangig interessieren, daß mit Hochdruck am Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe gearbeitet werde. Eine sozialdemokratische Reformregierung könne – trotz der notwendigen Wiederaufbauhilfe – sofort eine Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen sowie für die investierende Realwirtschaft umsetzen, weswegen die SPÖ sofortige Neuwahlen forderte.

Grünen-Sprecher Dr. Alexander Van der Bellen stellte zu dieser SPÖ-Forderung fest, seine Partei sei schon seit längerem für Neuwahlen gerüstet. Die Grünen würden sich darüber „naturgemäß freuen“, sie hätten eine gute Ausgangsposition. Er glaube aber, dass ÖVP und FPÖ alles daran setzen würden, das Tief auszusitzen. Insofern seien die Neuwahlen für ihn eine akademische Frage.



Die Spitzenkandidaten der vier Parlamentsparteien: Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ), Mag. Herbert Haupt (FPÖ), Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP) und Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen (Die Grünen) v.l.n.r.

am darauffolgenden Dienstag dem VP-Bundespartei Vorstand vorgeschlagen, zum nächstmöglichen Termin Neuwahlen abzuhalten.

Wie war es zum Bruch der Koalition gekommen?

Die im Frühjahr 2000 von ÖVP und FPÖ getroffene Koalitionsvereinbarung enthielt auch eine Steuerreform mit einer spürbaren Entlastung für möglichst alle Steuerpflichtigen noch 2003, obwohl der harte Sparkurs der Koalition darauf abzielte, ohne Neuverschuldung „über die Runden zu kommen“. Die Unwetter-Katastrophe, die im heurigen August Tausende unserer Landsleute vor das wirtschaftliche Nichts stellte, veränderte aber praktisch ebenso ansatzlos die Inhalte der innenpolitischen Diskussionen. Die Regierung entschied sich, die Steuerreform ein Jahr zu verschieben und auf sechs der vorgesehenen 24 Abfangjäger zu verzichten. Die Bevölkerung müsse verstehen, daß eben Solidarität gefordert sei und der Wiederaufbau

Wählern versprochene Steuerreform trotzdem umzusetzen. Damit stieß er auf massiven Widerstand vor allem von Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer und Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grasser. Ein „geheimes Gipfeltreffen“ brachte keine Einigung zwischen Haider und Riess-Passer, worauf der Alt-Partei-Obmann in einem ORF-Interview seinen völligen Rückzug aus der Bundespolitik, später aus der Landespolitik ankündigte. Riess-Passer meinte ihrerseits, sie würde nur dann weiter zur Verfügung stehen, wenn die Partei dies auch wünsche und der mit der ÖVP eingeschlagene Weg beibehalten würde. Finanzminister Grasser hatte schon zuvor festgestellt, daß es unter seiner Verantwortung 2003 keinesfalls eine Steuerreform geben könnte.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel stellte fest, er sei stolz, an der Spitze eines Landes zu stehen, das in der Not zusammenstehe. Er verstehe jedoch nicht, daß jemand, der die Ziele der Bundesregierung mitformuliert habe, nicht der Hilfe für die Opfer den

Auf Neuwahl geeinigt

Schüssel stellte fest, wenn einem Regierungspartner die Sacharbeit verunmöglicht werde, müsse schnellstmöglich eine Klärung erfolgen und bedankte sich ausdrücklich bei der Vizekanzlerin, dem Finanzminister, dem FPÖ-Klubobmann und dem Infrastrukturminister, deren Rücktritte er aufrichtig bedauerte.

SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer stellte fest, es sei in dieser Situation der beste Weg, Neuwahlen zu veranstalten und die Bevölkerung über das blau-schwarze Experiment abstimmen zu lassen, das eine Rekordarbeitslosigkeit, eine schlechte Wirtschaftssituation, hohe Steuern und erstmals eine

Nationalratswahl 24. 11. 2002

massive Jugendarbeitslosigkeit gebracht habe. Die SPÖ sei auf diese Wahlen gut vorbereitet, man habe sich zweieinhalb Jahre darauf eingestellt und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. So stehe für die SPÖ der Mensch im Mittelpunkt. Das Parteipräsidium sei sich auch völlig einig, daß er, Gusenbauer, als Spitzenkandidat in die Wahlauseinandersetzung gehe. Eine Alternative zu diesem gescheiterten Experiment könne es nur mit der Sozialdemokratie geben.

Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, der Bundessprecher der Grünen, zollte der Vizekanzlerin gegenüber Respekt. Haider habe sie über Wochen und Monate ständig gedemütigt und nun habe sie endlich die Konsequenzen aus diesen Demütigungen gezogen. Allerdings könne es nun nicht nur um eine personelle Umbildung der Regierung gehen – zu schwerwiegende Divergenzen stünden hinter den Rücktritten Riess-Passers, Karl-Heinz Grassers und Peter Westenthalers.

Nach Neuwahlen gab es aus Sicht der Grünen schon damals die Alternative: Einmal den Rückschritt in eine „große, starre Koalition“ oder die „spannende Variante Rot-Grün“.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hatte unmittelbar an Schüssels Erklärung am 9. September in der ORF „Zeit im Bild 1“ festgestellt, er wünsche so rasch wie möglich eine

handlungsfähige Regierung, von der er sich Stabilität erwarte, daß sie im In- und Ausland Ansehen genösse und die vielen anstehenden Probleme lösen könne.

Die Ereignisse der folgenden Wochen hier zusammenzufassen würde zu weit führen.

Lesen Sie dazu die chronologischen Meldungen im „Österreich Journal-online“ (Menüpunkte „wöchentl. Kurznachrichten“ und „wöchentl. Zusammenfassungen“). Wir wollen hier aber an den aktuellen Stand anschließen (14. 11.).

Noch etwas mehr als eine Woche bis zur Wahl

Seit Dienstag Abend der vergangenen Woche scheint eine Neuaufgabe der ÖVP-FPÖ-Koalition ausgeschlossen.

Auslöser war die ORF-TV-Konfrontation zwischen Bundeskanzler Schüssel und FPÖ-Obmann Haupt, in der es zu einer Weichenstellung gekommen war: Das Thema der bevorstehenden EU-Osterweiterung, ist für die ÖVP Kernpunkt ihres politischen Programms. Die FPÖ ist zwar prinzipiell auch für diesen Weg, allerdings, wie man immer voransetzt, „nicht ohne wenn und aber“. Haupt beharrte im Verlauf der Sendung, in der auch über die „Schuld“ am Zerbrennen der Koalition debattiert wurde, auf der FPÖ-Forderung nach

Abschaffung der Benes-Dekrete vor einem etwaigen EU-Beitritt Tschechiens. Aufgrund der Stimmung zwischen Tschechien und Österreich (auch wegen der noch immer aktuellen AKW Temelin-Debatte) und verschiedenen Aussagen der vergangenen Monate ist damit aber sicher nicht zu rechnen. Was bedeutet, daß durch die Position der FPÖ ein einstimmiger Regierungsbeschluß nicht möglich wäre. Daraufhin stellte Schüssel dezidiert klar, wer diese zentrale Frage für Österreichs Zukunft nicht mit einem aufrichtigen „Ja“ beantworten könne, der nehme sich selbst aus dem Spiel. Vor dem EU-Gipfel in Kopenhagen müsse es Klarheit zur Erweiterung geben und es sei undenkbar, daß ein österreichischer Regierungsvertreter ohne einstimmigen Regierungsbeschluß für die Erweiterung dort hinfahre.

Tags darauf und am Donnerstag überschlugen sich die Meldungen, die die Stimmung zwischen den beiden Koalitionären füreinander auf einen absoluten Tiefpunkt brachten. Hier spielte auch eine nicht unwesentliche Rolle, daß Schüssel in der TV-Konfrontation eindeutig für seine Regierungskollegen Riess-Passer, Grasser und Westenthaler Stellung bezog, die sich seit geraumer Zeit massiven Angriffen innerhalb der FPÖ ausgesetzt sehen.

Entscheidend für das – sehr wahrscheinlich gewordene – „Aus“ für VP-FP-Neu war aber eindeutig Schüssels Einladung an Noch-Finanzminister Grasser, in einer möglichen ÖVP-Regierung als Finanzminister weiterzuarbeiten. Dessen Mitgliedschaft bei der FPÖ sei hier kein Hindernis. Das löste Bewunderung für diesen taktischen Schritt Schüssels einerseits und massive Empörung andererseits aus. Immerhin rund 70 Prozent der Wähler äußerten sich übrigens in einer „market“-Umfrage positiv dazu, da Grasser auch über einen sehr hohen Beliebtheitsgrad verfügt. Das dürfte dann schließlich auch dazu beigetragen haben, daß sich Grasser, unter bestimmten Voraussetzungen dafür entschied, Schüssels Angebot anzunehmen.

Am 24. November ist zumindest *eine* Entscheidung gefallen: nämlich welche der wahlwerbenden Parteien wieviel Vertrauen und damit Stimmen erhält. In den verbleibenden Tagen bis dahin sind wohl noch einige Überraschungen zu erwarten. Eine gab es übrigens schon: Umfragen lassen eine überraschend hohe Wahlbeteiligung erwarten, das Interesse der Bevölkerung an der weiteren Entwicklung ist groß wie selten zuvor. Hoffentlich hält das auch nach Bildung der künftigen Regierung an!

mm

Welche Koalitions-Möglichkeiten stehen zur Debatte?

SP-FP: ist völlig ausgeschlossen

SP-Grüne: wurde nach der TV-Konfrontation am vergangenen Donnerstag zwischen SP-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer und Grünen-Bundessprecher Prof. Dr. Alexander Van der Bellen bereits als „fix“ kommentiert, vieles in den Programmen ist weitgehend vereinbar. Ein massives Hindernis besteht aber in der Aussage Gusenbauers, beim Verfehlen des ersten Platzes nach der Wahl in Opposition zu gehen, was die Grünen – erstmals bereit, in die Regierung zu gehen – natürlich ziemlich vor den Kopf gestoßen hat.

SP-VP: Ist eher unwahrscheinlich, vor allem, wenn Rot und Grün eine Mandatsmehrheit erreichen. Sollte dies nicht ausreichen, kann sich Gusenbauer zwar einen Juniorpartner VP vorstellen, allerdings ohne Schüssel und – durch die jüngste Entwicklung – erst jedenfalls ohne, dann eventuell doch mit Grasser.

VP-SP: Eine große Koalition, erstmals unter anderen Vorzeichen, könnte sich zum Beispiel Niederösterreichs Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll aus „Staatsräson“ vorstellen, wie er in der „Kronen Zeitung“ feststellte. Unter einem Bundeskanzler Schüssel würde es aber, so heißt es, sicher keinen Vizekanzler Gusenbauer geben.

VP-FP: scheint – siehe oben – auszuschließen

VP-Grüne: ist eher unwahrscheinlich, auch wenn es einige Gemeinsamkeiten gibt.

FP: eine Koalition der FPÖ mit einer anderen Partei als der ÖVP ist ausgeschlossen.

Grüne: sehen vorrangig eine Regierungsbeteiligung mit der SPÖ, Gesprächseinladungen der ÖVP sind bisher noch nicht kommentiert.

Dr. W. Schüssel vs. Dr. A. Gusenbauer

Am Donnerstag (14. November) fand im ORF-Zentrum am Küniglberg die letzte 2er-Konfrontation statt, von der sich vor allem die beiden großen Parteien wesentliche Auswirkungen auf das Wahlergebnis erwarten. Lesen Sie hier die ersten Reaktionen der im Parlament vertretenen Parteien. Aktuellste Meldungen finden Sie in unseren Internetseiten unter <http://www.oe-journal.at>

Bures: Alfred Gusenbauer geht es um die Menschen in diesem Land

Wien (sk) - Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures machte das TV-Duell zwischen SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer und ÖVP-Chef Schüssel am Donnerstag deutlich: „Alfred Gusenbauer geht es um die Menschen in diesem Land, die Anliegen und Sorgen jedes Einzelnen stehen für ihn im Mittelpunkt. Schüssel hingegen setzt sich über die Menschen hinweg und beschränkt sich lieber auf kalte Zahlenspielerien.“ Schüssel habe „hilflos versucht, den schwarz-blauen Kurs der höchsten Steuern, der Rekordarbeitslosigkeit und insgesamt der gebrochenen Versprechen wegzureden“, so Bures gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. „Dabei ist er klar gescheitert. Schüssel läßt keinen Zweifel offen: Ihm geht es nur um seine Person und den Kanzlersessel. Die Anliegen der Menschen sind ihm egal“, so Bures.



Foto: SPÖ

„Alfred Gusenbauer will aus Österreich ein Land machen, wo der soziale Zusammenhalt gestärkt wird“, erklärte Bures, „wo junge Menschen faire Chancen bekommen, wo Schwache und Kranke nicht zur Zielscheibe einer verfehlten Einsparungspolitik werden und wo Menschen nach einem Leben harter Arbeit eine sichere Pension bekommen“.

Schweitzer: FPÖ fordert Stellungnahme Schüssels zu den EU-Sanktionen

Wien (fpd) - FPÖ-Klubobmann Mag. Karl Schweitzer forderte eine Stellungnahme von Bundeskanzler Schüssel zu den Behauptungen Alfred Gusenbauers, daß Schüssel über dessen Reisetätigkeit während der Zeit der EU-Sanktionen im vorhinein Bescheid gewußt habe, bzw. von Schüssel sogar dazu aufgefordert worden sei und diesem nach der jeweiligen Reise regelmäßig Bericht erstattet habe. „Wenn das stimmt, dann hat Schüssel seinen Koalitionspartner bereits damals hinter das Licht geführt“, betonte Schweitzer. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch die Regierungszusammenarbeit.



Foto: FPÖ

Weiters sei es bei der Konfrontation erstaunlich gewesen, mit welcher Vehemenz Schüssel Reformen wie das Kindergeld oder die Abfertigung Neu verteidigt habe, Dinge, die er 1999 noch in Bausch und Bogen abgelehnt und als ungedeckte Schecks bezeichnet habe. „Schüssels größte Stärke liegt darin, die Arbeit anderer als seine eigene auszugeben“, sagte Schweitzer. „Darin hat er es zur Meisterschaft gebracht.“ Die Konfrontation habe jedenfalls gezeigt, daß Reformen in Österreich nur mit der FPÖ möglich seien. Weder Schüssel noch Gusenbauer seien allein dazu imstande. Eine rotschwarze Koalition würde Stillstand und Lähmung bedeuten.

Rauch-Kallat: Österreicher wollen keinen aggressiven Bundeskanzler

Wien (övp-pk) - Das TV-Duell zwischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer habe gezeigt, „daß die Österreicherinnen und Österreicher keinen aggressiven Bundeskanzler wollen. Gusenbauer war ein ungewöhnlich aggressiver Herausforderer, der praktisch keine Fakten genannt hat und mit kei-



Foto: ÖVP

nem einzigen Argument die Art und Weise, wie er Österreich regieren möchte, belegen konnte. Es hat viele Zuseherinnen und Zuseher sehr gestört, daß er nicht zuhören kann, ständig unterbrochen und ausschließlich aggressiv argumentiert hat, ohne einen einzigen Lösungsansatz zu präsentieren.“ Das würden auch die Umfragen von Gallup und Fessel bestätigen, sagte ÖVP-Generalsekretärin Abg.z.NR Maria Rauch-Kallat. „Jetzt endlich“ habe Gusenbauer „seine Form als Oppositionspolitiker“ gefunden. „Das ist eine Verbesserung, aber das qualifiziert ihn überhaupt nicht zum Bundeskanzler“, betonte Rauch-Kallat. „Die Menschen wollen einen Bundeskanzler, der mit Weitsicht, mit Umsicht und Konzepten das Land auch durch schwierige Zeiten führt.“ Dies habe Wolfgang Schüssel in den letzten zweieinhalb Jahren bewiesen „und er wird das auch in Zukunft beweisen können“.

Glawischnig: Hick-Hack erinnert an alte Zeiten der Rot-Schwarzen Koalition

Weichen stehen nach TV-Duell auf Rot-Schwarz mit blauem Anstrich

Wien (grüne) - „Das gegenseitige Hick-Hack im TV-Duell erinnert an die alten Zeiten der Rot-Schwarzen-Koalition. Die Weichen für Alfred Gusenbauer und Wolfgang Schüssel stehen offenbar auf Rot-Schwarz, diesmal mit blauem Anstrich“, so die stv. Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig. „Die Weigerung Gusenbauers, einem FPÖ-Finanzminister Grasser in einer großen Koalition auszuscheiden, ist offenbar die erste Vorleistung für Rot-Schwarz. Die SPÖ ist allem Anschein nach bereit, in einer Koalition mit der ÖVP die blauschwarze Wende fortzusetzen, mit Studien-, Ambulanzgebühren und Abfangjägern. Schüssel wiederum läßt keinen Versuch aus, mit Untergriffen, persönlichen Diffamierungen und Unterstellungen im Stil FPÖ-Methoden zu kopieren. Ein Armutszeugnis für den Obmann einer christlichen, sozialen Partei.“



Foto: Grüne



ÖVP-Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (r.) und SPÖ-Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer (l.), in der Bildmitte ORF-Diskussionsleiter Elmar Oberhauser.

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

IFES-Umfrage ergibt: Gusenbauer war bei TV-Duell klarer Sieger

Wien (sk) - Nach einer von der SPÖ in Auftrag gegebenen Umfrage des IFES-Meinungsforschungsinstitutes im Anschluß an die Konfrontation zwischen SPÖ-Vorsitzendem Gusenbauer und ÖVP-Chef Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gaben 40 Prozent der Zuseher an, von Gusenbauer positiv überrascht gewesen zu sein, nur 25 Prozent von Schüssel. In den so wichtigen Bereichen Glaubwürdigkeit und Themensetzung konnte Gusenbauer punkten. Für 59 Prozent war Schüssel der weitaus überheblichere Politiker, im Gegensatz zu 25 Prozent, die Gusenbauer dieses Attribut zuordneten. Für ein Drittel der ZuseherInnen ist klar, daß ihnen die Diskussion bei ihrer Wahlentscheidung geholfen habe.

Die Umfrage wurde telefonisch nach der TV-Konfrontation bei 300 Personen durchgeführt, die durch Pre-Screening vorselektioniert waren. Ein Großteil der Befragten gab an, dass die wichtigsten Themen für sie Beschäftigung und Pensionen sind.

Alfred Gusenbauer wirkte in dieser Diskussion mit Wolfgang Schüssel für 48 Prozent der Befragten glaubwürdiger, Schüssel nur für 39 Prozent. Der SPÖ-Chef hat deutlich mehr über die Zukunft gesprochen, meinten 50 Prozent gegenüber nur 25 Prozent, die Schüssel Zukunftsthemen zuschrieben. Soziale Themen wurden klar von Gusenbauer dominiert: 68 Prozent nahmen die bei Gusenbauer wahr, nur 19 Prozent bei Schüssel.

Fessel-Umfrage ergibt: 60 Prozent wollen Schüssel als Kanzler

Wien (övp-pd) - Nach einer überaus hart geführten Debatte sahen laut Fessel-GfK-Meinungsforscher Dr. Peter Ulram 61 Prozent der von Fessel-GfK befragten 418 Seher und Seherinnen der TV-Konfrontation Schüssel-Gusenbauer Bundeskanzler Schüssel im Vorteil („Hat alles in allem besser abgeschnitten“: 61 Prozent Schüssel, 32 Prozent Gusenbauer, sieben Prozent: Weiß nicht/keine Angabe). Gusenbauer habe in der Debatte zwar eine bessere Figur gemacht als in den beiden früheren Auseinandersetzungen, aber viele Zuseher und Zuseherinnen durch ständiges aggressives „Hineinreden“ und die Wiederholung „eingelernter Floskeln“ verärgert.

Auf die Frage, wer ihnen als Bundeskanzler lieber wäre, nannten 60 Prozent Schüssel und 33 Prozent Gusenbauer (sieben Prozent keine Angabe). Wenig positiven Eindruck machte Gusenbauer insbesondere auf in ihrer Wahlentscheidung noch nicht festgelegte Personen, wo sich nur 18 Prozent für Gusenbauer, aber jede(r) zweite für Schüssel als Kanzler aussprach. Von denen, die vor der Diskussion keine Parteipräferenz äußerten, sprachen sich nach der Diskussion doppelt so viele für die ÖVP (18 Prozent) als für die SPÖ (neun Prozent) aus. Acht Prozent „wanderten“ zu anderen Parteien, 55 Prozent blieben unentschlossen, neun Prozent äußerten sich nicht.

»Österreich Journal« als Magazin wieder zurück

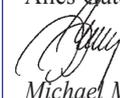
Vor sechs Jahren, im Oktober 1996, haben wir die erste Ausgabe unseres Print-Magazins „Das weltweite Österreich Journal – für Österreicher in aller Welt“ präsentiert. In den paar folgenden Jahren haben wir dafür auch sehr viel Zustimmung erhalten, wofür wir uns sehr bedanken, da wir wissen, daß uns sehr viele Leser treu geblieben sind.

Wegen vor allem zu hoher Versandkosten (das Porto war um einiges höher als der eigentliche Preis fürs Heft), aber auch wegen mißglückter Aktivitäten eines damaligen Partners mußten wir uns Mitte 2000 entschließen, die Print-Version unseres Magazins einzustellen. Seither haben wir uns auf die Aufbereitung von Österreich-Nachrichten im Internet und auf Serviceleistungen für deutschsprachige Radio- und Zeitungsredaktionen außerhalb des deutschsprachigen Raumes konzentriert. Unsere Österreich-Nachrichten, die man kostenlos abonnieren kann, gibt es seit mittlerweile 245 Wochen.

Ein Gespräch mit Landsleuten, die seit 35 Jahren in Australien leben und eben diese wöchentlichen Mails beziehen, überraschte mich insofern, als ich verwundert war, daß mir dieser Gedanke nicht schon längst selbst gekommen war: Unser „gutes, altes“ Magazin wäre doch durch Übertragung via Internet von jeder „Transportgebühr“ befreit und könnte – mit geringsten Kosten verbunden – an Ort und Stelle auf Papier gebracht werden. Gesagt, getan, das Ergebnis haben Sie vor sich, auf Ihrem Monitor oder auf schon auf Papier, bunt oder schwarz-weiß.

Die erste Ausgabe widmet sich ausschließlich der bevorstehenden Nationalratswahl, in der zweiten Ausgabe werden wir detaillierte Wahlergebnisse aufbereiten. Es gibt einen Rückblick auf die österreichischen Bundesregierungen seit 1945 und auf die beiden Auslandsösterreicher-Treffen in St. Pölten und in Wien im September.

Alles Gute aus Wien!


Michael Mössmer

Die Spitzenkandidaten



Dr. Alfred Gusenbauer
Bundesvorsitzender der SPÖ



Alfred Gusenbauer wurde am 8. Februar 1960 in St. Pölten geboren. Er besuchte nach der Volksschule in Ybbs die Hauptschule, wechselte dann ins Gymnasium in Wieselburg. **Einstieg in die Politik**
1977 baute Gusenbauer eine Gruppe der Sozialistischen Jugend in Ybbs auf, wenige Monate später gründete er bereits die Bezirksorganisation Melk. 1980 zog er für die Niederösterreicher in den Verbandsvorstand der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ) ein. Inzwischen

hatte er die Matura abgelegt und an der Universität Wien ein Jusstudium begonnen, zusätzlich betrieb er in der Folge ein Studium der Politikwissenschaften und Philosophie, auf das er sich später ausschließlich konzentrierte, nachdem er 1980 zum Verbandssekretär bestellt und 1984 Bundesobmann der Sozialistischen Jugend wurde.

1987 schrieb Gusenbauer seine Doktorarbeit über die österreichische Friedensbewegung und promovierte mit höchster Auszeichnung, an der Feier nahm sein großes Vorbild Bruno Kreisky teil. Die Sozialistische Internationale wählte 1989 Alfred Gusenbauer zu ihrem Vizepräsidenten – als Nachfolger Bruno Kreiskys. In den 90er Jahren schaffte Gusenbauer den Aufstieg an die Parteispitze. Er ist zuerst Bundesrat, später Nationalratsabgeordneter, bis er Anfang 2000 Bundesgeschäftsführer der SPÖ wurde, kurze Zeit später übernahm er den Parteivorsitz.



Mag. Herbert Haupt
Bundesparteioibmann der FPÖ



Herbert Haupt wurde am 28. September 1947 in Seeboden (Kärnten) geboren. Nach der Matura in Spittal an der Drau und dem Präsenzdienst begann er 1966 in Wien mit dem Studium der Veterinärmedizin, das er 1975 mit seiner Sponision zum Mag.med.vet. erfolgreich abschloß. Während des Studiums wurde Haupt Mitglied des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS). Seit 1975 ist Haupt als Tierarzt mit Privatpraxis in Spittal an der Drau tätig. Von 1988 bis 1994 war er

Leiter des städtischen Schlachthofes in Spittal an der Drau. Von 1978 bis 1999 hatte Haupt die Funktion des Bezirksparteioibmanns der FPÖ in Spittal an der Drau inne. Von 1981 an gehörte er mit Unterbrechungen dem Spittaler Gemeinderat an, 1997 wurde er zweiter Vizebürgermeister. Haupt war außerdem von 1995 bis 1997 Geschäftsführender Landesparteioibmann der FPÖ in Kärnten. Derzeit ist Haupt Vorstands-, Leitungs- und Präsidiumsmitglied der FPÖ Kärnten und Mitglied der Bundesparteileitung, seit dem Jahr 2000 auch Mitglied des Bundesparteivorstandes der FPÖ. Dem Nationalrat gehört Herbert Haupt seit 1986 an. Von November 1994 bis Jänner 1996 war er Dritter Präsident des Nationalrates. Am 24. Oktober 2000 wurde Mag. Herbert Haupt von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil zum Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen angelobt.



Dr. Wolfgang Schüssel
Bundesparteioibmann der ÖVP

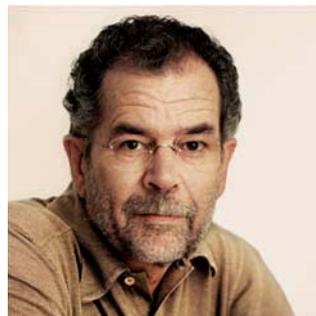


Wolfgang Schüssel wurde am 7. Juni 1945 in Wien geboren und besuchte nach der Volksschule das Schottengymnasium, wo er 1963 die Matura ablegte. Anschließend studierte er an der Universität Wien und wurde 1968 zum Dr. juris promoviert. Von 1968 bis 1975 war Dr. Wolfgang Schüssel Sekretär des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), von 1975 bis April 1991 fungierte er als Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, einer Teilorganisation der ÖVP.

Am 24. April 1989 wurde er Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in der von der SPÖ und ÖVP gebildeten Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky. Beim 30. ordentlichen Bundesparteitag der ÖVP wurde Dr. Schüssel am 22. April 1995 zum Bundesparteioibmann der ÖVP gewählt. Am 4. Mai 1995 wurde Dr. Wolfgang Schüssel als Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Kabinett Vranitzky IV angelobt. Auch im Kabinett Vranitzky V übte Dr. Schüssel diese Funktionen aus. Im Kabinett Klima I, 28. Jänner 1997 bis 4. Februar 2000, nahm Dr. Wolfgang Schüssel die Funktion des Vizekanzlers und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten wahr. Am 4. Februar 2000 wurde Dr. Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler angelobt.



Prof. Dr. Alexander Van der Bellen
Bundessprecher der Grünen



Geboren am 18.1.1944 in Wien Aufgewachsen in Tirol Familienstand:verh., zwei Söhne **Ausbildung:** 1968–1971 Assistent am Institut für Finanzwissenschaften der Universität Innsbruck 1972–1974 Research Fellow am Internationalen Institut für Management und Verwaltung, Wissenschaftszentrum Berlin 1975 Habilitation (Finanzw.) **Beruf:** 1976: Ao. Univ.-Prof. an der Universität Innsbruck 1977 – 1980: Verwaltungsakademie des Bundes

1980: O. Prof. für Volkswirtschaftslehre, Univ. Wien 1990–1994: Dekan bzw. stv. Dekan SOWI-Fakultät **Forschungsschwerpunkte:** Planungs- und Finanzierungsverfahren im öffentlichen Sektor, z.B. Kosten-Nutzen-Analysen, Infrastrukturfinanzierung, Steuerpolitik, öffentliche Ausgaben, staatliche Regulierungspolitik, öffentliches Unternehmen, Umwelt- und Verkehrspolitik Politische Laufbahn: 1992: Kandidat der Grünen für das Amt des Präsidenten des Rechnungshofes 1994: erstmals Kandidat der Grünen für den Nationalrat 1994: Abgeordneter zum Nationalrat, Budget-, Finanz- und Wirtschaftssprecher der Grünen 1997: Wahl zum Bundessprecher der Grünen 1998: Wahl zum Spitzenkandidaten der Grünen für die NR-Wahl 99 1999: Wahl zum Klubobmann der Grünen

Der kandidierenden Parteien

Sozialdemokratische Partei Österreichs SPÖ

Dr. Alfred Gusenbauer
1014 Wien, Löwelstraße 18
Telefon: ++43 / (0)1 / 534 27-0
E-Mail: alfred.gusenbauer@spoe.at
http://www.spoe.at (Wahl 1999: 33,15%)

Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ

Mag. Herbert Haupt
1010 Wien, Eblinggasse 14-16
Telefon: ++43 / (0)1 / 512 35 35-0
E-Mail: herbert.haupt@bmsg.gv.at
http://www.fpoe.at (Wahl 1999: 26,91%)

Österreichische Volkspartei ÖVP

Dr. Wolfgang Schüssel
1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7
Telefon: ++43 / (0)1 / 401 26-0
E-Mail: wolfgang.schuessel@oevp.at
http://www.oevp.at (Wahl 1999: 26,91%)

Die Grünen – Die Grüne Alternative GRÜNE

Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen
1017 Wien, Parlament
Telefon: ++43 / (0)1 / 40110-6880
E-Mail: alexander.vdbellen@gruene.at
http://www.gruene.at (Wahl 1999: 7,40%)

Die Reihenfolge der Parteibezeichnungen auf den Stimmzetteln der einzelnen Landeswahlkreise (=Bundesländer) ist nicht einheitlich. Während sich bei den in der zurückliegenden Legislaturperiode im Parlament vertretenen Parteien der „Listenplatz“, das ist der Rang auf dem Stimmzettel, aus dem bei der letzten Nationalratswahl bundesweit

Kommunistische Partei Österreich KPÖ

Mag. Walter Baier
1040 Wien, Weyringergasse 33/5
Telefon: ++43 / (0)1 / 503 65 80
E-Mail: baier@kpoe.at
http://www.kpoe.at (Wahl 1999: 0,48%)

Die Liberalen (Liberales Forum) LIF

Reinhard Jesonek
1050 Wien, Nikolsdorfer Gasse 42/2-5
Telefon: ++43 / (0)1 / 50 30 667
E-Mail: office@lif.at
http://www.liberales.at
Das LIF schaffte bei der letzten NR-Wahl im Oktober 1999 mit Dr. Heide Schmidt den Einzug ins Hohe Haus mit nur 3,65 % der Stimmen nicht.

Weiters kandidieren in einzelnen Landeswahlkreisen nachstehende wahlwerbende Parteien:
in den Landeswahlkreisen 8 (Vorarlberg) und 9 (Wien):

Die Demokraten

Rudolf Fußi
1050 Wien, Ziegelofengasse 27/4/3
Telefon: ++43 / (0)699 / 105 0 32 53
office@die-demokraten.at
http://www.diedemokraten.at

erzielten Stimmenergebnis richtet (d. h. SPÖ - FPÖ - ÖVP - GRÜNE), ist bei den übrigen Parteien der Zeitpunkt des Einlangens des Wahlvorschlages bei der Landeswahlbehörde maßgeblich. Die KPÖ scheint in allen Landeswahlkreisen auf dem 5. Listenplatz auf. Die Liberalen (Liberales Forum) kandidieren in Wien auf dem 7. Listenplatz,

Laut Bundesgeschäftsführer Herbert Bauer hätten in den anderen Bundesländern nur wenige Stimmen zur Kandidatur gefehlt. Die Partei tritt das erste Mal zur Wahl an.

im Landeswahlkreis 8 (Vorarlberg):

Christliche Wählergemeinschaft CWG

CWG für Österreich
A-4021 Linz, Postfach 450
Tel. ++43 / (0)2757 / 6383, Fax-Dw 4
E-Mail: cwg@nextra.at
http://members.magnet.at/cwg/
Zähl nach eigenen Angaben zur Zeit 58 Mitglieder, hat bei NR-Wahl 1999 3030 Stimmen erhalten und erreichte bei den Kommunalwahlen im März 2002 10195 Stimmen.

im Landeswahlkreis 9 (Wien):

Sozialistische Links-Partei SLP

Sonja Grusch
1070 Wien, Kaiserstraße 14/11
Telefon: ++43 / (0)1 / 524 63 10
E-Mail: slp@slp.at
http://www.slp.at

Die Liste "GRÜNE"

kandidiert in Salzburg unter der Bezeichnung „Die Grünen – Grüne Alternative Salzburg“.

in den übrigen Landeswahlkreisen auf dem 6. Listenplatz. Die Demokraten kandidieren in Wien und Vorarlberg auf dem 8. Listenplatz. Die Christliche Wählergemeinschaft kandidiert in Vorarlberg auf dem 7. Listenplatz. Die Sozialistische Links Partei nimmt in Wien den 6. Listenplatz ein.

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Ein wichtiger Hinweis

Die Reihenfolge, in der die Parteien auf diesen Seiten erscheinen, unterliegt keiner Willkür. Sie ergibt sich vielmehr aus der Stimmverteilung nach der Wahl zum Nationalrat im Oktober 1999. Aus diesem Grund scheinen die Parteien auch auf den amtlichen Stimmzetteln wie folgt auf:
Liste 1: SPÖ
Liste 2: FPÖ
Liste 3: ÖVP
Liste 4: Die Grünen (usw.)
Deshalb haben auch wir uns an diese Reihenfolge gehalten.

Ein Rückblick auf die Nationalratswahl 1999

		Wahlberechtigte: 5,838.373	abgegebene gültige Stimmen: 4,622.354		
Partei		Stimmen	in %	Mandate	
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ	1,532.448	33,2	65	
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1,243.672	26,9	52	
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	1,244.087	26,9	52	
Liberales Forum - Heide Schmidt	LIF	168.612	3,7		
Die Grünen - Die Grüne Alternative	GRÜNE	342.260	7,4	14	
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	22.016	0,5		
Die Unabhängigen - Liste Lugner	DU	46.943	1,0		
Nein zu NATO und EU Neutrales Österreich Bürgerinitiative	NEIN	19.286	0,4		
Christliche Wählergemeinschaft	CWG	3.030	0,1		

SPÖ Faire Chancen für alle Menschen

Mir ihrem Wahlprogramm – es trägt den Titel „Faire Chancen für alle Menschen“ – steckt sich die SPÖ ehrgeizige Ziele für eine etwaige Regierungsbeteiligung.

Im Gegensatz zur Regierung Schüssel will die SPÖ „den Weg einer sozial verträglichen Budgetkonsolidierung gehen und in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen“. In erster Linie sieht sich die SPÖ den Menschen verpflichtet. Daher will sie die ungerechtesten Belastungen rückgängig machen, die ihnen diese Regierung auferlegt hat.

Der Sozialstaat gilt der SPÖ als „unverzichtbar“ und soll auch in der Verfassung verankert werden. Konkret verspricht die SPÖ in ihrem Wahlprogramm u. a.:

- Einen entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und eine aktive Wirtschaftspolitik
- ein effizientes und leistungsfähiges Gesundheitssystem
- ein leistbares und förderndes Bildungswesen vom Kindergarten bis in spätere Phasen des Lebens
- ein auf Jahrzehnte gesichertes Pensionsmodell für alle Menschen
- eine konsensorientierte Reform-Politik, die betroffene Gruppen und ihre Interessenvertretungen einbindet
- ein liberales und weltoffenes Klima in Österreich.

26 Projekte für Österreich

Zur Erreichung ihrer Ziele hat die SPÖ im Wahlprogramm 26 konkrete Projekte formuliert. Um die Arbeitslosigkeit zu senken und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen sind fünf konkrete Projekte vorgesehen. Projekt 1 besteht in einer Senkung der Steuern für niedrige und mittlere Einkommensbezieher sowie für investierende Unternehmen.

Außerdem will die SPÖ Jung- und KleinunternehmerInnen einen verbesserten Zugang zu Risikokapital ermöglichen. Ungerechtfertigte Steuerprivilegien sollen dafür abgeschafft werden: Gewinne aus Aktienoptionen sollen künftig nicht mehr steuerfrei sein, die Aktienspekulationssteuer soll wieder eingeführt werden und Gewinne aus Privat-

stiftungen sollen gleich besteuert werden wie sonstige Gewinne.

Investitionen in die Infrastruktur

Mit einem weiteren Projekt will die SPÖ das Schienen- und Straßennetz ausbauen. Einzelne Ausbauvorhaben sollen vorgezogen werden – nicht zuletzt, um Wirtschaft und Beschäftigung anzukurbeln. Vor allem Westbahn und Westautobahn sowie Projekte in der Ostregion sollen im Hinblick auf die EU-Erweiterung beschleunigt in Angriff genommen werden. Für die Finanzierung wurde ein Konzept ausgearbeitet, das unter anderem die rasche Einführung einer verursachergerechten LKW-Maut vorsieht.

Optimale Medizin für alle

Breiten Raum nimmt das Thema Gesundheit im SPÖ-Wahlprogramm ein.

Für die SPÖ ist die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen ein öffentliches Anliegen und soll nicht der privaten Hand überlassen werden.

Neue Wege will die SPÖ bei der Finanzierung des Gesundheitssystems gehen. Schwarz-blaue Erfindungen, wie die Ambulanzgebühren bringen finanziell viel weniger als erhofft und schaffen jede Menge Chaos. Die SPÖ wird sie deshalb wieder abschaffen.

Nach dem Motto „Gleiche Beitragssätze, gleiche Leistungen“ sollen die verschiedenen Versicherungssysteme (Bauern, Beamte, ASVG ...) harmonisiert werden. Und die Großhandels- und Apothekerspannen bei den Medikamentenkosten sollen gesenkt werden.

Faire und sichere Pensionen

Die SPÖ will das bestehende System der solidarischen Alterssicherung langfristig absichern. Betriebliche und private Pensionsvorsorge ist aus Sicht der SPÖ zwar eine sinnvolle Ergänzung, aber das Herzstück ist und bleibt das öffentliche, staatlich garantierte Pensionssystem. Denn erstens können sich eine private Pensionsversicherung nur wenige Menschen leisten und zweitens will die SPÖ die SeniorInnen, die ein Leben lang

gearbeitet haben, nicht dem Auf und Ab des Kapitalmarktes ausliefern. Denn das brächte ein unkalkulierbares Risiko für die ältere Generation. Die SPÖ verspricht den Seniorinnen und Senioren eine faire Behandlung. Das heißt: Die Pensionen sollen so erhöht werden, daß zumindest die Inflationsrate abgedeckt wird. Außerdem will die SPÖ ein einheitliches Pensionsrecht für alle, die neu in den Beruf eintreten, schaffen. Die derzeit bestehenden Unterschiede, etwa zwischen Beamten und Privatangestellten, sollen damit beseitigt werden.

Erleichterungen für Familien mit Kindern

Vor allem bei Krippen, Ganztageskindergärten und Schülerhorten ist der Nachholbedarf an Kinderbetreuungsplätzen enorm. Die SPÖ will daher in den nächsten Jahren insgesamt 100.000 zusätzliche Plätze schaffen. Ein bundesweites Rahmengesetz soll die Qualitätssicherung in der Kinderbetreuung sicherstellen.

Auf diesem Weg können insbesondere Frauen ihre Erwerbschancen deutlich erhöhen. Ein Recht auf Teilzeitarbeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit soll es Müttern und Vätern außerdem erleichtern, Zeit für Kinder und Beschäftigung zu haben.

Weitere Themen und Projekte

Mit einer Reihe von weiteren Projekten will die SPÖ „eine Offensive für das lebensbegleitende Lernen starten“, die „ForscherInnenquote erhöhen“, „Sport als Gesundheits- und Wirtschaftsfaktor fördern“ oder die „Gleichstellung der Geschlechter“ erzielen. Im Umweltkapitel gibt die SPÖ eine Garantie ab, „daß die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Verantwortung bleibt“. Außerdem will die SPÖ den Ausverkauf von Wald und Wasser unverzüglich stoppen.

Das Sozialsystem soll durch die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung „armutsfest“ gemacht werden. Die Verwaltung soll durch echte Reformen einfacher und der ländliche Raum aufgewertet werden.

Das vollständige Wahlprogramm der SPÖ finden Sie im Internet unter der Adresse <http://www.diekampagne.at>.

Zehn gute Gründe für die SPÖ

1. Weil für die SPÖ der Mensch zählt

Die Politik der SPÖ wird nicht in erster Linie von wirtschaftlichen Interessen geleitet, sondern im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik steht der einzelne Mensch und seine Bedürfnisse. Alfred Gusenbauer ist ein Garant dafür, daß das auch so bleibt. Er entstammt einer Arbeiterfamilie und kennt die Sorgen jener Menschen, die ihr ganzes Leben hart arbeiten müssen, um ihre Familien zu erhalten. Gusenbauer will den sozialen Zusammenhalt stärken und allen Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, faire Chancen sichern.

2. Weil die SPÖ die richtigen Prioritäten setzt

Die neue SPÖ unter Alfred Gusenbauer weiß, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann. Aus Fehlern der Vergangenheit hat man gelernt. Darum warnt SPÖ-Chef Gusenbauer die Österreicherinnen und Österreicher auch bei jedem seiner zahlreichen Wahlkampfauftritte: „Auch mit der SPÖ in der Regierung kann es nicht Ostern und Weihnachten gleichzeitig geben.“ Alfred Gusenbauer bekennt sich damit zu einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik und einem stabilen Staatshaushalt. Verantwortungsvolle Politik, so der SPÖ-Chef, muß daher Prioritäten setzen. Und seine Prioritäten hat er längst auf den Tisch gelegt. Für eine SPÖ-geführte Regierung werden die Themen Gesundheit, Arbeitsplätze und Pensionen oberste Priorität haben.

3. Weil Arbeitslosigkeit für die SPÖ kein Micky-Maus-Thema ist

Für kommenden Winter erwartet das Arbeitsmarktservice 320.000 Arbeitslose in Österreich. Das ist ein neuer trauriger Rekord. Die schwarz-blaue Bundesregierung hat dieses Problem zwei Jahre lang zur Seite geschoben, Wolfgang Schüssel hat dieses Thema gar als „Micky-Maus“-Thema abgetan. Tatsächlich ist Arbeitslosigkeit eines der größten Probleme sowohl für den einzelnen Betroffenen als auch für die Gesellschaft. Und es gibt auch nichts teureres für ein Land

als Menschen ohne Arbeit. Denn wer arbeitslos ist, kann auch keine Beiträge in die diversen öffentlichen Töpfe einzahlen, sondern im Gegenteil – muß aus den öffentlichen Töpfen unterstützt werden. Die SPÖ räumt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen höchste Bedeutung zu. Alfred Gusenbauer hat auch bereits ein Programm vorgelegt, mit dem die Schaffung von neuen Jobs gelingen kann. Unter anderem sollen Unternehmer, die in ihren Betrieb investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen, steuerlich entlastet werden. Außerdem will die SPÖ mehr Mittel für Weiterbildungsmaßnahmen von arbeitslosen Menschen zur Verfügung stellen. Denn wer die Chance hat, sich gemäß den Anforderungen der Wirtschaft weiterzubilden, wird auch leichter wieder Arbeit finden. „Am Ende der nächsten Legislaturperiode wird es weniger Schulden und mehr Arbeitsplätze geben“, verspricht Alfred Gusenbauer.

4. Weil die SPÖ für sichere und faire Pensionen steht

Die letzten Jahre haben große Verunsicherung bei ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen verursacht. Immer wieder wurde ihnen von schwarz-blauer Seite gepredigt, daß die Pensionen in Zukunft nicht finanzierbar seien. Die SPÖ sieht das anders und will das bestehende System der solidarischen Alterssicherung langfristig absichern. Betriebliche und private Pensionsvorsorge ist aus Sicht der SPÖ zwar eine sinnvolle Ergänzung, aber das Herzstück ist und bleibt für die Sozialdemokratie das öffentliche, staatlich garantierte Pensionssystem. Denn erstens können sich nur wenige Menschen eine private Vorsorge leisten und zweitens will die SPÖ die SeniorInnen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nicht den Auf und Abs des Kapitalmarktes ausliefern. Die Pensionen könnten so nämlich zum Spielball von Börsenspekulanten werden. Die SPÖ verspricht den Seniorinnen und Senioren eine faire Behandlung: Das heißt: Die Pensionen sollen so erhöht werden, daß zumindest die Inflationsrate abgedeckt wird. Denn eine Pensionserhöhung unter der Teuerungsrate kommt de facto einer Pensionskürzung gleich. Außerdem will die SPÖ den Genera-

tionenvertrag in der Verfassung absichern und ein einheitliches Pensionsrecht für alle, die neu in den Beruf eintreten, schaffen: Unterschiede im Pensionsrecht – etwa zwischen Beamten und Privatangestellten – sollen damit beseitigt werden.

5. Weil sich die SPÖ für eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle stark macht

Eines steht für die SPÖ fest. Eine optimale medizinische Versorgung darf keine Frage des Einkommens sein, wie es etwa in Großbritannien oder den USA der Fall ist. Wie die Pensionen will die SPÖ auch die Gesundheit und die Krankenversicherung nicht dem privaten Sektor und dem freien Markt überlassen. Die Regierung Schüssel hat versucht (etwa durch immer mehr Selbstbehalte) das solidarische Gesundheitssystem, das allen Bürgern die gleichen Leistungen garantiert, aus den Angeln zu heben und in Richtung einer Zwei-Klassen-Medizin zu gehen. Nur mehr Basisleistungen sollten solidarisch finanziert werden, Leistungen, die über eine Grundversorgung hinausgehen, drohten zum exklusiven Gut für jene, die es sich leisten können, zu werden. Für die SPÖ ist die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen ein öffentliches Anliegen. Eine solidarische Gesundheitspolitik muß jeder Person, unabhängig vom Alter, Einkommen, Familienstand, Herkunft oder Geschlecht, den Zugang zu allen medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen ermöglichen. Die SPÖ hat sich auch konkrete, zeitgemäße Gesundheitsziele gesteckt, wie zum Beispiel die Bekämpfung der neuen „Volkskrankheiten“. Hierzu zählen etwa Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparats oder Diabetes. Aufklärung, Vorsorge, Früherkennung – das sind die wesentlichen Pfeiler im Kampf gegen diese kostenintensiven Volkskrankheiten. Neue Wege will die SPÖ auch bei der Finanzierung des Gesundheitssystems gehen. Schwarz-blaue Erfindungen, wie die Ambulanzgebühren, bringen finanziell viel weniger als erhofft und schaffen jede Menge Chaos. Die SPÖ wird sie deshalb wieder abschaffen. Um die Finanzierung des Gesundheitswesens zu sichern, will die SPÖ aber eine Reihe von Veränderungen

Das Wahlprogramm der SPÖ

durchführen. Nach dem Motto „Gleiche Beitragsätze, gleiche Leistungen“ sollen die verschiedenen Versicherungssysteme (Bauern, Beamte, ASVG ...) harmonisiert werden. Die Höchstbeitragsgrundlage möchte die SPÖ anheben. Damit würden Menschen, die außerordentlich gut verdienen, höhere Krankenversicherungsbeiträge zahlen als bisher.

6. Weil die SPÖ allen Menschen einen freien Bildungszugang garantiert

Aus Sicht der SPÖ hat jeder Mensch das gleiche Recht auf Bildung. Die bestmögliche Ausbildung darf daher keine Geldfrage sein. Alfred Gusenbauer selbst hat von der sozialdemokratischen Bildungspolitik der 70er Jahre profitiert. Als Kind einfacher Arbeiter hätte er ohne Kreiskys Reformen nie studieren können. Und Gusenbauer hat das nicht vergessen. Der SPÖ-Chef verspricht heute, die Studiengebühren wieder abzuschaffen und der Einführung von Schulgeld, wie es in der ÖVP überlegt wird, niemals zuzustimmen.

7. Weil die SPÖ das bessere personelle Angebot hat

Am 24. November stellt sich eine rundum erneuerte SPÖ der Wahl – das gilt sowohl für die Inhalte als auch für die Personen. Um Alfred Gusenbauer – er ist übrigens der Jüngste aller Spitzenkandidaten – hat sich ein herausragend qualifiziertes Team gruppiert. Mit Wolfgang Petritsch konnte ein Diplomat mit größtem außenpolitischen Ansehen gewonnen werden. Er steht für das internationale Renommee und das hohe außenpolitische Ansehen, das die SPÖ Österreich zurückgeben will. Mit Josef Broukal konnte ein anerkannter Medien- und Technologieexperte gewonnen werden. Er steht für die „Modern Times“, die in Österreich mit der Sozialdemokratie in der Regierung wieder anbrechen sollen. Und altbewährte Kandidaten wie Nationalratspräsident Heinz Fischer stehen für größte politische Erfahrung, Kontinuität und das Vertrauen, das die SPÖ über die Staatsgrenzen hinweg genießt. Und die SPÖ-Liste ist auch ein Signal an die Frauen. Denn für die SPÖ ist Gleichberechtigung kein leeres Schlagwort. Sie setzt das Prinzip Halbe-Halbe tatsächlich um und läßt damit andere Parteien ganz schön alt aussehen. Die Liste für die Wahl wurde nämlich streng nach dem Reißverschlussprinzip (Mann/Frau/Mann/

Frau) erstellt. Damit erreicht die SPÖ auch ihr selbst auferlegtes Ziel, bis zum Jahr 2003 einen Frauenanteil von 40 Prozent in den eigenen Reihen zu haben.

8. Weil die SPÖ die Wirtschaft wieder kräftig ankurbeln wird

Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand sind für die SPÖ untrennbar miteinander verbunden. Die SPÖ möchte den wirtschaftspolitischen Rahmen für Vollbeschäftigung und faire Einkommen herstellen. In der aktuellen Situation geht es darum „zusätzliches Öl in den Motor der Wirtschaft zu pumpen, damit sie wieder besser funktioniert“, sagt Alfred Gusenbauer. Aus seiner Sicht ist ein Sofortprogramm für Wachstum und Beschäftigung ein absolutes Muß. Denn die derzeitige Lage ist alles andere als rosig: Österreich hat eine Rekordarbeitslosigkeit und eine Rekordsteuerquote. Die Steuern wurden in den letzten drei Jahren um acht Milliarden Euro erhöht, der Mittelstand wurde finanziell ausgehungert und die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Deshalb muß sich eine neue Regierung zuerst um die Wirtschaft kümmern. Ein ausgeglichener Staatshaushalt und die Senkung des Defizits sind wichtige Ziele der SPÖ. Dennoch braucht Österreich dringend eine Wachstums- und Beschäftigungsinitiative. Die SPÖ will die Steuern für kleine und mittlere Einkommen senken. Damit wird die Kaufkraft gestärkt und die Wirtschaft angekurbelt. Die SPÖ will außerdem Steuersenkungen für Unternehmungen, die neue Arbeitsplätze schaffen.

9. Damit Österreich im Ausland wieder ein geschätzter und verlässlicher Partner wird

Das Ansehen Österreichs hat in den letzten zweieinhalb Jahren gelitten. Immerhin saß da eine Partei in der Wiener Regierung, deren langjähriger Obmann sehr herzliche Beziehungen zu zweifelhaften diktatorischen Staaten pflegt. Vor allem innerhalb der Europäischen Union hat die schwarz-blaue Regierung aufgrund ihrer Uneinigkeit in Sachen EU-Erweiterung immer wieder für Besorgnis gesorgt. Die ständigen Veto- und Blockadedrohungen freiheitlicher Politiker haben die Union sehr irritiert. Denn Österreich wurde quasi über Nacht vom verlässlichen Partner in Europa zu einem unberechenbarer Faktor. Und weil Jörg Haider mit Vorliebe einzelne

Regierungschefs wie Jacques Chirac oder Gerhard Schröder oder ganze Regierungen wie jene Belgiens unflätig beschimpfte, sind auch viele bilaterale Beziehungen nach zwei schwarz-blauen Jahren getrübt. Für Österreich wäre es darum gut, wenn jetzt ein erfahrener und international angesehener Diplomat wie Wolfgang Petritsch die außenpolitischen Agenden übernehmen würde. Er könnte das verloren gegangene Ansehen wieder herstellen.

10. Weil Alfred Gusenbauer mit der FPÖ keine Koalition bilden wird

Sollte die SPÖ als Sieger aus der Wahl hervorgehen, wird Alfred Gusenbauer sowohl mit der ÖVP als auch mit den Grünen über eine Koalition verhandeln. Entscheidend wird dabei sein, mit wem die SPÖ ihr Programm für faire Chancen für alle Menschen am ehesten umsetzen kann. Aber eines ist heute schon sicher: Alfred Gusenbauer wird keine Koalition mit der FPÖ eingehen. Denn sein Ziel ist es, Stabilität und Fortschritt in Österreich zu schaffen. Doch das ist mit der FPÖ nicht möglich, eine Koalition mit den Freiheitlichen bringt Chaos, gebrochene Versprechen und Extremismus. Das haben uns die letzten Jahre deutlich vor Augen geführt.

Noch Fragen zum Wahlprogramm der SPÖ? Ihre Fragen beantwortet die SPÖ-Hotline zum Ortstarif unter 0810 810 211 (Montag bis Sonntag von 8 - 20 Uhr) oder informieren Sie sich rund um die Uhr im Internet: [http://www.diekampagne.at!](http://www.diekampagne.at)

Hinweis der ÖJ-Redaktion Kein FPÖ-Beitrag

Wir haben die vier im Parlament vertretenen Parteien – rechtzeitig – eingeladen, uns Texte in etwa gleicher Länge zur Verfügung zu stellen. Trotz mehrmaliger schriftlicher und telefonischer Urgenz war es nicht möglich, von der FPÖ dieses Material zu bekommen. Und wir wollten nicht nach eigenen Ermessen ein 105 Seiten-Programm auf drei Seiten reduzieren. Sie können das Programm der FPÖ aber von deren Homepage downloaden: <http://www.fpoe.at>



Neue Ziele für Österreich

Österreich ist ein starkes Land. Unsere Betriebe sind international wettbewerbsfähig und ihre Mitarbeiter sind engagiert und motiviert. Unsere Lebensqualität ist Weltspitze. Österreich steht heute besser da als vor zweieinhalb Jahren und internationale Vergleiche belegen das. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis eines Reformprogramms, das wir mit Augenmaß, Umsicht und Zielstrebigkeit umgesetzt haben.

Die ÖVP hat dabei gezeigt, daß sie Ideen für eine positive Entwicklung unseres Landes hat, diese Ideen in innovative Programme bündeln und dieses Reformprogramm auch umsetzen kann. Dieses erfolgreich begonnene Reformprogramm wollen wir weiter fortsetzen. Ein kleines Land wie Österreich kann natürlich nicht im Alleingang alle Auswirkungen internationaler Entwicklungen abwenden. Wir können aber durch die richtigen Maßnahmen und rechtzeitige Weichenstellungen die optimale Ausgangslage schaffen, damit wir beim nächsten Aufschwung die Chancen am besten nützen.

Für uns Christdemokraten stehen der Mensch und seine persönliche Würde im Mittelpunkt des politischen Handelns. Die Menschen erwarten sich Antworten auf wichtige Fragen unserer Zeit und ethische Prinzipien, nach denen die Politik handelt. Das Modell der ökosozialen Marktwirtschaft ist in der Lage, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen auszugleichen und eine nachhaltige Entwicklung zu sichern. Das ist auch die Stärke einer Volkspartei der Mitte: die Lastenverteilung und die Chancen gerecht für alle zu gestalten und zu garantieren.

Daher haben wir uns langfristige Ziele bis zum Jahr 2010 gesetzt, die nicht nur von Wahl zu Wahl angelegt sind. Mit konkreten Maßnahmen, die in unserem Programm „Unsere Ziele für Österreich – das Österreichprogramm der Volkspartei“ enthalten sind, wollen wir in der kommenden Legislaturperiode bis 2006 die erste Etappe auf dem Weg zu diesen Zielen erreichen.

Stabile Finanzen für unseren Staat sind der Eckpfeiler für Wohlstand und Sicherheit. Richtiges Investieren in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit schafft die Grundlagen für neues Wachstum. Durch strukturelle Reformen und eine solide Budget- und Stabilitätspolitik legen wir auch die Basis für die Senkung der Abgabenquote und bieten da-

mit den Betrieben Anreize für neue Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Niedrigere Steuern schaffen auch mehr private Nachfrage und geben der Wirtschaft zusätzlichen Auftrieb. Daher ist die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für uns der Eckstein unseres Programms.

Die Wiedervereinigung Europas nach den Jahrzehnten des Stacheldrahtes ist uns ein Anliegen, weil darin für Österreich eine große Chance liegt. Sie dient dem Frieden, dem Wohlstand und der Sicherheit unseres Landes. Die ÖVP als *die* Europapartei ist am glaubwürdigsten bei der Vertretung der Interessen Österreichs in Europa. Gleichzeitig sind wir diejenige Partei, die konsequent von Beginn an die europäische Idee und ein starkes Europa unterstützt hat und diesen Weg der vertieften Integration weiterverfolgt.

Soziale, innere und äußere Sicherheit sind die Grundpfeiler des sozialen Friedens und des Wohlstandes am Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort Österreich. Angesichts der weltweiten Entwicklung sind Reformen in vielen Bereichen notwendig, um das Erreichte und die Zukunft unseres Landes zu sichern. Die ÖVP bekennt sich – auch in der Verantwortung für die nächste Generation – zu diesem Weg der vorausschauenden Reformen mit Augenmaß.

Österreich braucht eine verlässliche, berechenbare und stabile Führung zur Bewältigung der Herausforderungen der kommenden Jahre.

Hier im Überblick die zehn wichtigsten Erfolge der Regierung Schüssel I und die zehn wichtigsten Vorhaben für eine Regierung Schüssel II:

10 Reformen der Regierung Schüssel I

1. Das Ende der SPÖ-Schuldenpolitik

30 Jahre lang haben SPÖ-Bundeskanzler und Finanzminister 127 Mrd. Euro Schulden angehäuft. Täglich zahlen wir dadurch 20 Mio. Euro Zinsen! Durch die Wende in der Budgetpolitik ersparen wir uns bis 2010 allein an Zinszahlungen 2 Mrd. Euro. 80 Prozent der Bevölkerung stehen dazu, daß die Regierung keine neuen Schulden macht.

2. Abfertigung neu – die neue Zusatzpension

Jetzt haben alle 3,2 Mio. Arbeitnehmer/Innen einen Abfertigungsanspruch und die Möglichkeit, eine – steuerfreie – Zusatzpension zu bekommen.

3. Kindergeld für alle

Bereits im August 2002 haben im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich 40.000 Eltern das neue Kindergeld bezogen, was besonders Hausfrauen und Studentinnen finanziell hilft.

4. Sichere Pensionen

Die Pensionsreform 2000 sichert das Pensionssystem. Einerseits zahlen die Menschen länger Pensionsbeiträge und bekommen dafür höhere Pensionen. Andererseits ersparen sich die Steuerzahler bis 2003 1,1 Mrd. Euro an Zuschüssen für die Pensionskassen.

5. Familienhospiz-Karenz

Unsere Absage an die in den Niederlanden oder Belgien bereits übliche Sterbehilfe. Bei uns kann jeder bei vollem arbeits- und sozialrechtlichen Schutz Angehörige in den letzten Tagen begleiten.

6. Österreich, Nummer 1 bei Sicherheit

Polizei und Gendarmerie sind von Verwaltungsarbeit entlastet, das Bundeskriminalamt eingerichtet, und der Kampf gegen Drogen, Kindesmissbrauch, illegale Einwanderung, Asylmissbrauch und die organisierte Kriminalität werden noch erfolgreicher geführt.

Das Österreichprogramm der ÖVP

7. Moderne Universitäten

Die größte Universitätsreform seit dem 19. Jahrhundert gibt den Universitäten Autonomie, Verantwortung und finanzielle Sicherheit für Forschung und Lehre auf Spitzenniveau. Ihre Unabhängigkeit sowie die bessere Ausstattung werden es möglich machen, wieder schneller und besser studieren zu können.

8. Mehr Geld für Bildung

Das Bildungsbudget ist 2002 so hoch wie

nie zuvor, es gibt 1 Mrd. Euro oder 8,5 Prozent mehr Geld als 1998. Jeder siebente Budget-Euro fließt in die Bildung. Die Zahl der neuen Fachhochschulanfänger hat sich verdoppelt, 25.000 mehr Ausbildungsplätze an berufsbildenden höheren Schulen werden eingerichtet.

9. Gründer- und Exportwelle rollt

2001 wurden 26.500 Unternehmen gegründet, doppelt so viele wie 1995. Die Exporte erreichten 2001 einen Rekordwert von

über 70 Mrd. Euro, heuer hat Österreich erstmals kein Handelsbilanzdefizit mehr. Und es gibt eine neue Rekordbeschäftigung von 3,2 Mio. Arbeitnehmern in Österreich.

10. Große Verwaltungsreform

Wer einen Reisepass oder Ausweis will, bekommt ihn schneller; wer eine Betriebsanlage oder ein Haus bauen will, geht damit nur mehr zur Bezirkshauptmannschaft. Das bringt mehr Bürgernähe und ermöglicht Einsparungen von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr.

10 Vorhaben der Regierung Schlüssel II

1. Arbeit und Wachstum in Österreich stärken

Die Wirtschaft braucht bis 2005 rund 165.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Daher: Noch bessere Qualität in der Aus- und Weiterbildung, Förderung der Jugendbeschäftigung und der Frauen am Arbeitsmarkt. Das Ziel: Österreich muß in allen Bereichen unter die Top 3 Europas. Nach den Vorgaben der EU soll es eine Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64-Jähriger) von derzeit 37,7 % auf 50 % im Jahr 2010 geben. Für uns ist die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht nur eine wirtschaftliche und sozialrechtliche Notwendigkeit, sondern die individuelle Chance zu Selbstverwirklichung und persönlicher Bestätigung. Die EU strebt für 2005 eine Frauenbeschäftigungsquote von 57 % an. Österreich liegt heute bereits bei 60,1 %. Unser Ziel ist es, bis 2005 eine Frauenbeschäftigungsquote von 65 % zu erreichen. Das bedeutet, daß zusätzlich zu den derzeit 1,4 Mio. beschäftigten Frauen rund 70.000 bis 80.000 Frauen erstmals einer Beschäftigung nachgehen werden.

2. Entlastung der Steuerzahler und keine neuen Schulden

Wir werden bis 2010 die Steuern- und Abgabenquote schrittweise auf 40 Prozent senken. Als erster Schritt werden bis 1.000 Euro-Monatseinkommen steuerfrei gestellt. Das entlastet kleine Einkommen und schafft Kaufkraft. Mit uns gibt es kein Zurück zur alten Schuldenpolitik. Wir stehen für eine so-

lide Budgetpolitik und einen fairen Finanzausgleich. Mit dem Stabilitätspakt ist uns 2001 ein Brückenschlag zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geglückt: Diese historische Solidarität wollen wir für die Zukunft erhalten. In Österreich gibt es heute keine „verstaatlichten“ Unternehmen mehr. Beinahe alle ehemaligen verstaatlichten Unternehmen sind erfolgreiche börsennotierte Unternehmen, die teilweise Spitzenpositionen am Weltmarkt einnehmen. Die ÖIAG hat in den letzten drei Jahren den Schuldenstand von 6,3 Mrd. Euro auf unter 2 Mrd. Euro verringert. Der Weg des Schuldenabbaus ist weiterzuverfolgen. Weitere Privatisierungsschritte sind notwendig, wobei wir die Beibehaltung einer österreichischen Kernaktionärsstruktur durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Fonds u. a. im Sinne einer Stärkung des Headquarter-Standortes Österreich anstreben.

3. Startbedingungen für die Jugend verbessern

Unser Ziel ist es, allen Jugendlichen die besten Chancen auf die bestmögliche Ausbildung zu geben. Im internationalen Vergleich liegt Österreich in der Qualität der Berufsausbildung im Spitzenfeld. Unser Land weist die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU auf. Vor dem Hintergrund des Konjunkturabschwunges hat die ÖVP Mitte September 2002 eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für 15.000 Jugendliche zwischen 15 und 25 in der Regierung durchgesetzt. Teil davon ist das Jugendausbildungssicherungsgesetz, das um 3.000 Lehrgangsplätze erweitert wurde.

Dadurch haben erstmals auch vermittlungsbefähigte junge Menschen zwischen 15 und 25, die einen Lehrberuf erlernen möchten, die Möglichkeit, an einem Lehrgang teilzunehmen. Wir wissen: Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden, sind menschlich und wirtschaftlich besonders stark betroffen. Unser Ziel ist, dass mindestens 40 % eines Schulentlassungsjahrganges in eine Lehre eintreten können. Die ÖVP garantiert, dass jeder Jugendliche eine Lehrstelle oder einen Lehrgangplatz bekommt.

4. Bildung und Forschung ausbauen

Österreich hat die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU, trotzdem setzen wir neue Schwerpunkte: Wir garantieren den Jugendlichen eine Lehrstelle, einen Lehrgangplatz oder eine schulische Ausbildung. Unser Ziel: europäische Spitzenqualität an Schulen, Universitäten und in der Forschung. Wir wollen die F&E-Quote bis 2005 auf 2,5 % des BIP weiter steigern und damit über den Wert vergleichbarer Industrieländer anheben. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der etablierten als auch der neuen Unternehmen gesichert. Der Zugang zur europäischen Forschungsförderung soll erleichtert werden. Eine Anlaufstelle für Forschungsförderung soll geschaffen werden (z. B. bei der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft).

5. Familien fördern

Unser Grundsatz in der Kinderbetreuung lautet: Größtmögliche Wahlfreiheit. Im Bereich der Kinderbetreuung streben wir regio-

Das Österreichprogramm der ÖVP

nal verteilt ein ausreichendes, flexibles, qualitätsvolles Angebot an, das sich an den Bedürfnissen der Kinder, Mütter und Väter orientiert. Berufstätige Mütter und Väter wünschen sich in erster Linie flexiblere Öffnungszeiten bei den Kindergärten, ein Offenhalten auch während der Sommermonate sowie eine adäquate Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler. Hier ist in allererster Linie anzusetzen, damit berufstätige Mütter und Väter diese gewünschte Unterstützung österreichweit erhalten. Tagesmütter der sozialen Hilfsorganisationen werden bereits verstärkt in Anspruch genommen, weshalb es unser Ziel sein muß, die Qualität des Berufsbildes der Tagesmutter zu stärken und die notwendige sozialrechtliche Absicherung zu gewährleisten. Unternehmen brauchen noch mehr Anreize zur Einrichtung von (auch) betriebsübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen.

6. Pensionen und Pflege im Alter sichern

Alle sollen darauf vertrauen können, daß wir den Lebensstandard durch die gesetzlichen Pensionen sichern, und dass für jeden konkrete Aussichten auf eine Zusatzpension bestehen. Da die Zahl der Hochbetagten schnell zunimmt, sorgen wir für ein besseres Angebot von Pflegeplätzen und von gut ausgebildetem Pflegepersonal. Für die wachsende Gruppe der pflegebedürftigen Hochbetagten ist eine angemessene Pflegeinfrastruktur sicherzustellen. Die ÖVP fordert, daß dafür in Österreich eine ausreichende Anzahl von Pflegepersonal ausgebildet wird, deren Ausbildung sich an den jeweiligen Aufgaben orientiert. Beruflich Pflegende bzw. betreuende Angehörige brauchen gleichermaßen Unterstützung und Entlastung durch Supervisionsangebote. Angehörigen, die Pflegeleistungen in der Familie erbringen, soll ein ausreichendes, leistbares Angebot an kurzfristig verfügbarer stationärer Betreuung bzw. Pflege und an Tageszentren zur Verfügung stehen.

7. Sicherheit für alle garantieren

Neue Verbrechenformen – vom internationalen Terrorismus bis zum Cybercrime – oder die Gefahren im Straßenverkehr verlangen modernste Polizeiarbeit. Daher brauchen wir motivierte Beamte und eine Balance zwischen der Freiheit und der Sicherheit der Bürger.

8. EU-Erweiterung nützen

Vom Fall des Eisernen Vorhangs hat Österreich bereits profitiert; unsere Exporte haben sich seitdem verdreifacht. Jetzt geht es darum, daß bei der „Nachbarschaftserweiterung“ in dieser Wachstumsregion die Interessen Österreichs gut vertreten werden. Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein historischer Schritt. Die Teilung des Kontinents wird endgültig überwunden, Europa wächst wieder zusammen. Dies ist der richtige Zeitpunkt, offene Fragen aus der Geschichte ein für alle mal aus der Welt zu räumen. Unter der Führung der ÖVP hat Österreich mit der Einrichtung des Versöhnungsfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds die letzten offenen Kapitel der Restitution und Entschädigung für die Opfer der Untaten des nationalsozialistischen Verbrecherstaates abgeschlossen. Wir verlangen, daß sich auch die anderen europäischen Staaten der Geschichte offen stellen. Wesentlich ist, daß wir das in einem Geist tun, der ein Musterbeispiel für eine europäische Fähigkeit werden kann, schmerzliche Konflikte dauerhaft und im Dialog überwinden zu können. Auch hinsichtlich der Vertreibung der deutschsprachigen Volksgruppen aus der damaligen Tschechoslowakei und dem damaligen Jugoslawien nach Ende des Zweiten Weltkrieges geht es darum, sich nicht mehr mit dem Unrecht der Vergangenheit zu identifizieren und die Form und die befreienden Worte zu finden, mit denen dieses Kapitel der Geschichte aufgearbeitet wird. Die Einrichtung eines Hilfsfonds für bedürftige alte Menschen auf freiwilliger Basis ist als Geste der Menschlichkeit wünschenswert.

9. Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen sichern

Wir wollen die Betreuung der Patienten durch die Hausärzte verbessern und die Planung sowie Finanzierung der Leistungen der Ärzte und Krankenhäuser neu organisieren. Wir wollen in Österreich die europaweit beste medizinische Versorgung für alle sicherstellen und nicht zulassen, daß die Pflichtversicherung bei den Krankenkassen abgeschafft wird. Nur durch Reformen kann auch in Zukunft höchste Qualität in der Behandlung gesichert und die volle Versorgung gewährleistet werden. Der ÖVP geht es bei der Reform des Gesundheitswesens um eine Steigerung von Effizienz und Effektivität des Systems. Das österreichische Gesundheitswesen wird in der Realität durch ein kompli-

ziertes, ökonomisch schwer nachvollziehbares Finanzierungssystem gespeist. Interessengegensätze sind vorprogrammiert: Was für den einen Kosten sind, ist für den anderen Einkommen. Gerade an der Schnittstelle zwischen dem stationären und dem niedergelassenen Bereich bestehen strukturelle Schwächen, die viel Geld kosten und eine optimale Behandlung der Patienten unnötig erschweren: Dies liegt an getrennten Verantwortlichkeiten und Kompetenzen bezüglich Planung, Finanzierung und Versorgung. Es gibt kaum eine gemeinsame Planung des medizinischen Angebots.

10. Lebensqualität erhalten

Wir sind dank unserer Kultur-, der Naturschönheiten im Land und der sozialen Lebensbedingungen das lebenswerteste Land der Welt. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Ökosozialen Marktwirtschaft werden wir daher die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den Gemeinden und ländlichen Regionen stärken und ausbauen.

Mit ihrer Stimme können die Österreicherinnen und Österreicher dieses Programm unterstützen, damit der erfolgreiche Weg für Österreich fortgesetzt werden kann.

Mitteilung der AuslandsösterreicherInnen- Abteilung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

Wien, 15. November 2002

ACHTUNG:

Alle bis 13.11.2002 ausgestellten Wahlkarten des Regionalwahlkreises 4/B (Innviertel) sind fehlerhaft und daher ungültig, auch wenn die Stimmabgabe bereits erfolgt ist. Neue Wahlkarten werden ausgestellt und den WählerInnen an die von ihnen angegebene Adresse zugesandt. Die neuen Wahlkarten tragen bei der Adresse des Landeswahlkreises den Vermerk "NEU". Bei Fragen wenden Sie sich bitte direkt an die ausstellende Wählerevidenzgemeinde.

Mit meinen herzlichen Grüßen
aus Wien

Ihr

T. M. Buchsbaum m.p.

Leiter der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung

Das Wahlprogramm der Grünen



Österreich braucht jetzt Weitblick, Rückgrat und Menschlichkeit

Das Wahlprogramm ist die Grundlage unserer Arbeit für die kommenden 4 Jahre im Parlament. Es ist unser Bekenntnis für ein offenes und zukunftsorientiertes Österreich.

Unser Programm verstehen wir als Angebot an all jene ÖsterreicherInnen, die ein Stück des Weges mit uns gemeinsam gehen wollen. Starke Grüne sind die Voraussetzung für eine inhaltliche Neuorientierung der Politik in Österreich, einer Politik auf den Grundwerten von Vielfalt, Respekt und Toleranz.

Österreich braucht jetzt Weitblick

Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen

1. Mit Weitblick Umwelt schützen

Die Grünen bekennen sich zur Nachhaltigkeit im Umwelt- und Naturschutz: Nur sorgsamer und bewußter Umgang mit natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Nahrungsmittel sichert unsere Existenz in der Gegenwart sowie die Zukunft unserer Kinder. Nachhaltigkeit im Umgang mit Natur und Umwelt ist kein Gegensatz zur Moderne, sondern die Voraussetzung für Leben und Weiterentwicklung in einer modernen Gesellschaft.

Grüne Umweltpolitik setzt um:

Gesunde, gentechnik- und giftfreie Lebensmittel

Die Grünen wollen eine gentechnikfreie Zone in der Landwirtschaft. Antibiotika werden aus der Tierhaltung verbannt, die Massentierhaltung zurückgedrängt.

Energiewende: Ökostrom statt Atomenergie

Atomkraft ist teuer und gefährlich. Die Förderung der Atomindustrie in der EU muß beendet werden. Ziel ist eine effiziente Energienutzung und die flächendeckende Versorgung mit erneuerbaren Energien als Grundlage für wirksamen Klimaschutz.

Tierschutz

Ein erster Schritt dazu ist die Umsetzung eines bundeseinheitlichen Tierschutzgesetzes, das sicherstellt, daß überall und unter

gleichen Bedingungen für die artgerechte Haltung von Tieren gesorgt ist.

Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Grüne Verkehrspolitik schafft Wahlmöglichkeiten und entlastet Straßen und Umwelt vom Stau: Höhere LKW-Maut, LKW-Fahrverbote, Anpassung der Dieselsesteuerung, Zurückfahren von Transitstraßenneubau

2. Mit Weitblick wirtschaften

Zukunftsweisende Technologien sind in besonders hohem Ausmaß umweltfreundlich und setzen Arbeitsbedingungen voraus, in denen Menschen kreativ und produktiv sein können. Eine Wirtschaft für Umwelt und Menschen ist daher auch eine besonders innovative Wirtschaft, die Zukunftsmärkte erschließt, Probleme löst und Arbeitsplätze schafft.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt um: Ökosoziale Steuerreform

Das grüne Modell der ökosozialen Steuerreform ist aufkommensneutral. Die zentralen Eckpunkte der ökosozialen Steuerreform bestehen in einer spürbaren Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit bei gleichzeitiger moderater Erhöhung der Energiebesteuerung. Um verteilungspolitisch unerwünschte Effekte auszugleichen, werden Privatpersonen durch einen „Ökobonus“ – also durch eine Anhebung des effektiv verfügbaren Nettoeinkommens – entlastet.

Moderne ökologische Wirtschaftspolitik

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Investitionen in Umwelttechnik, Wohnbausanierung und Wärmedämmung fördern beschäftigungsintensive Branchen. Um eine ökologisch wie ökonomisch nachhaltige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich zu gewährleisten, starten die Grünen eine massive Wirtschaftsoffensive im Bereich von Öko-Industrien.

Unterstützung für eine „Tobin-Tax“

Die österreichische Regierung unterstützt auf internationaler Ebene die Bemühungen zur Schaffung einer Devisentransaktionssteuer („Tobin-Tax“) als Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurse und zur Gewinnung zusätzlicher Mittel zur Entwicklungsfinanzierung.

3. Mit Weitblick Bildungschancen sichern

Bildung öffnet die Tore zur Zukunft: Jeder Cent, der in die Aus- und Weiterbildung von Menschen investiert wird, schafft Chancen für Menschen, erweitert die Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Partizipation sowie einer selbstbestimmten Gestaltung des Lebens.

Grüne Bildungs- und Forschungspolitik setzt um:

Integration statt Ausgrenzung in der Schule

Ausgrenzung auf Grund von Behinderung, geringer sprachlicher Kenntnisse oder anderer Umstände beraubt Kinder ihrer Erfahrungen mit der Umwelt. In der Schule muß für alle Kinder Platz sein. Eine Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl kann für die optimale Betreuung sorgen.

Zweisprachigkeit im Bildungssystem

Zweisprachiger Unterricht ist die Norm in einer Einwanderungsgesellschaft, verbessert die Zukunftschancen aller Kinder und verringert Konfliktpotential in der Schule und in der Gesellschaft. Das Erlernen der Muttersprache und einer Zweitsprache soll in Österreichs Schulen die Norm werden.

Freier Zugang zum Studium

Die Abschaffung der Studiengebühren bietet mehr Chancengleichheit. Universitäts- und Fachhochschulstudium sowie Weiterbildungsangebote (lebensbegleitendes Lernen) stehen auch jenen offen, die ihre Befähigung im Beruf oder durch andere gesellschaftliche Tätigkeiten erworben haben. Eine Grundversicherung während des Studiums kann dafür sorgen, dass niemandem aus finanziellen Gründen ein Studium verwehrt bleibt.

Österreich braucht jetzt Menschlichkeit

Soziale Sicherheit für ein selbstbestimmtes Leben

1. Menschlichkeit und Existenzsicherung

Existenzsicherheit ist die Voraussetzung für soziale und gesellschaftliche Teilhabe. In diesem Sinn bekennen sich die Grünen zum Sozialstaat und zu den Forderungen des Sozialstaatsvolksbegehrens.

Das Wahlprogramm der Grünen

Grüne Sozialpolitik setzt um:

Die lebenslagen- und bedarfsorientierte Grundsicherung

Sicherheit, die lebenslagen- und bedarfsorientiert Chancen zur individuellen Weiterentwicklung bietet: eine Grundsicherung für Kinder, eine Grundsicherung im Arbeitsleben, eine Grundsicherung in Phasen der Betreuung von Mitmenschen und eine Grundsicherung im Alter. Dazu eine Grundsicherung an Infrastruktur, die den Menschen ein Leben in Würde erlaubt.

Einen Mindestlohn

Das Mindestlohngesetz legt die Untergrenze für ein gerechtes und existenzsicherndes Arbeitseinkommen fest.

Ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld und eine existenzsichernde Notstandshilfe

Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe werden durch einen Sockel in existenzsichernder Höhe ergänzt, damit ein Verlust des Arbeitsplatzes nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der Existenzgrundlage ist.

Einen eigenständigen Pensionsanspruch für alle

Das Pensionsmodell der Grünen schafft einen eigenständigen Pensionsanspruch für jeden Menschen. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor 400.000 Frauen keinen eigenen Pensionsanspruch, sondern nur eine Gnadenpension (Witwenpension) haben.

Sicherung der Gesundheitsversorgung

Das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung muß erhalten bleiben. Die unsoziale Ambulanzgebühr und die Besteuerung der Unfallrente gehören der Vergangenheit an.

2. Menschlichkeit und Chancengleichheit

Jeder Schritt, jede Chance, die ein einzelner Mensch für sich wahrnehmen kann, ist nicht nur ein persönlicher Gewinn an Erfahrung und Perspektiven, sondern ein unverzichtbarer Gewinn für die Gesellschaft. Menschlichkeit, die Chancen eröffnet, ist eine Menschlichkeit, die Politik bestimmen muss.

Grüne Politik der Chancen setzt um:

Das grüne Karenzkonto

Das derzeitige Kindergeld von 16.000 Euro pro Kind wird in ein flexibles Konto umgewandelt. Dieses Karenzkonto kann je nach den Bedürfnissen der Eltern zwischen

einem und sechs Jahren Karenz individuell in Anspruch genommen werden. Die Gesamtsumme steht nur dann zur Verfügung, wenn auch der zweite Partner mindestens ein halbes Jahr in Karenz geht. Damit belohnt das Karenzkonto die partnerschaftliche Teilung der Kinderbetreuung.

Ein Platz für jedes Kind

Jedes Kind hat den Anspruch auf einen qualitativ hochwertigen und für die Eltern leistbaren, außerhäuslichen Kinderbetreuungsplatz.

Das Recht auf Bildung und Qualifikation

Bildung ist nicht auf wenige Jahre eines Leben beschränkt. Ein Recht auf lebensbegleitende Aus- und Weiterbildung ermöglicht berufliche Neu- und Umorientierung ein Leben lang und verhindert auf diese Weise Arbeitslosigkeit und soziale wie gesellschaftliche Ausgrenzung. Arbeitslose Menschen haben einen Anspruch auf Unterstützung bei der beruflichen Wiedereingliederung durch qualitativ vollwertige Aus- und Weiterbildung.

3. Menschlichkeit und Selbstbestimmung

Existenzsicherung und Chancengleichheit sind die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Die Veränderung der Gesellschaft, von Partnerschaften, Arbeitsweisen, Lebenskonzepten und Lebenszielen ist eine Realität für viele Menschen. Für die individuelle Lebensgestaltung braucht es sozial abgesicherte Wahlmöglichkeiten.

Grüne Politik der Selbstbestimmung setzt um:

Leben gestalten - Bildungskarenz

Das Berufsleben ist gestaltbar. Die Möglichkeit der Bildungskarenz unter Inanspruchnahme einer Grundsicherung erlaubt es, sich beruflich neu zu orientieren oder sich weiterzubilden, ohne damit auch gleich alle Ansprüche auf einen Arbeitsplatz zu verlieren.

Leben gestalten - Sabbatical

Das Sabbatical erlaubt es dem oder der Einzelnen, sich dann berufliche Auszeiten (mit Grundsicherung) zu nehmen, wenn er oder sie es am dringendsten benötigt, um so einem Burn-out vorzubeugen, sich einfach persönliche, zeitintensive Wunschträume zu erfüllen oder eine Neuorientierung zu ermöglichen.

Österreich braucht jetzt Rückgrat

Vielfalt als Stärke einer offenen Gesellschaft

Wir leben in einer Welt. Umweltprobleme, Bildungsfragen, Menschenrechte, fehlende Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung oder gesellschaftliche Konflikte kennen keine Grenzen. Die Grünen verstehen sich als Teil einer globalen Bewegung für Geschlechtergerechtigkeit, gerechte Verteilung der Ressourcen, Menschenrechte, kulturelle und sprachliche Vielfalt, Umweltschutz und Frieden ... Doch zur Bewältigung der Probleme in dieser Welt ist Rückgrat gefragt.

1. Mit Rückgrat zur Gleichstellung von Frauen

Grüne Frauenpolitik setzt um:

Stärkung von Frauen im Berufsleben

Geschlechtersensibler Schulunterricht und spezielle Begleitung bei der Berufswahl verbreitern das Spektrum, in dem Frauen tätig sind. Frauenspezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme erleichtern den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach Erwerbspausen oder beim Wechsel des Arbeitsbereichs. Ziel ist, dass jede Frau, die berufstätig sein will, einen guten Arbeitsplatz bei gerechter Bezahlung findet.

Frauen durchbrechen die gläserne Decke

Frauenförderungsprogramme in den Betrieben zerschlagen die gläserne Decke, die Frauen den Weg in Führungspositionen versperrt. Öffentliche Aufträge sind an die Existenz von Frauenförderungsplänen gebunden.

2. Mit Rückgrat zu Vielfalt durch Integration

Grüne Integrationspolitik setzt um:

Die Gleichstellung aller Menschen

Alle Menschen, die hier leben, haben auch gleiche Rechte und Chancen. Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz bietet die Möglichkeit, gegen jede Form der Diskriminierung wirksam vorzugehen. Der Ausschluß eines Teils der Gesellschaft von Rechten und vom Zugang zu Ressourcen und die daraus resultierende Entsolidarisierung hat keinen Platz in Österreich.

Das Wahlprogramm der Grünen

Die Verknüpfung von Aufenthaltserlaubnis und Beschäftigungsbewilligung

Menschen, die sich legal in Österreich aufhalten, dürfen hier auch legal arbeiten. Sämtliche Einschränkungen der beruflichen Bewegungsfreiheit und ihre Folgen (Konkurrenz im Niedriglohnbereich, Ghettobildung, Armut und Marginalisierung, Sozialdumping, erzwungene Schwarzarbeit, ...) gehören der Vergangenheit an.

Die Öffnung des öffentlichen Lebens für behinderte Menschen

Der Abbau von Barrieren ist Voraussetzung für die freie Entfaltung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum. Ein Behindertengleichstellungsgesetz schafft diese Voraussetzung.

Partnerschaft neu - gleiche Rechte für alle

Vor dem Staat sind alle Partnerschaften – egal ob homo- oder heterosexuell – gleichgestellt. Partnerschaften können staatlich registriert werden. Lesbische und schwule Paare erhalten – wenn sie es wollen – damit jene Rechte, die für heterosexuelle Partnerschaften selbstverständlich sind.

Liebe steht nicht unter Strafe

Der Staat mischt sich in die Wahl der PartnerInnen und der Lebenskonzeptionen nicht ein. Gesetze, die selbstbestimmte Liebe für über 14-Jährige unter Strafe stellen, entfallen.

3. Mit Rückgrat Demokratie und BürgerInnenrechte ausbauen

Grüne Demokratiepoltik setzt um:

Keine staatliche Verletzung von Grundrechten und Privatsphäre

Die Grünen beenden den unkontrollierbaren Einsatz von grundrechtsverletzenden Ermittlungsmethoden wie großer Lauschangriff und Rasterfahndung oder die besonderen Ermittlungsrechte militärischer Geheimdienste in Österreich.

Datensicherheit und Datenschutz

Die Grünen schaffen Sicherheit über jene Daten, die Ämter und Behörden, aber auch Private von den Menschen in Österreich gespeichert haben. Sie beenden den unkontrollierten Zugriff der Behörden auf E-Mails, Handys oder Surfverhalten. Ein Ausbau des Datenschutzes gibt den Betroffenen die Entscheidungsautonomie über die Verwendung ihrer Daten zurück.

Transparenz statt Proporz

Grüne in der Politik sorgen für ein Ende der rot-schwarz-blauen Aufteilung der Republik. Parteinähe oder -mitgliedschaft spielen definitiv keine Rolle mehr bei der Besetzung von Posten. Hohe Positionen im staatlichen und staatsnahen Bereich werden nach öffentlichen Hearings vergeben. Machtmißbrauch durch intervenierende Interessengruppen und Parteien ist damit der Riegel der öffentlichen Meinung vorgeschoben.

4. Mit Rückgrat aktive Neutralität gestalten

Als neutrales Land hat Österreich eine besondere Mediation, im Sinne der Konfliktprävention und der Moderation regionaler wie globaler Konfliktpotentiale tätig zu werden. Eine glaubhafte, aktive Neutralitätspolitik muß deutliche Akzente in der Konfliktprävention und in der Entwicklung friedlicher Konfliktlösungsstrategien setzen.

Aktive grüne Neutralitätspolitik setzt um:

Österreich als Vermittler in Konflikten

Österreich erlangt mit seiner modern definierten aktiven Neutralität wieder jene Position, wo Österreich Friedensbemühungen, indem es namhaft zur Stärkung internationaler UNO-Friedensmissionen beiträgt sowie Österreich als Verhandlungsort anbietet und mit Konfliktpartnern und internationalen Institutionen Strategien zur Konfliktminimierung ausarbeitet.

Allianz gegen Armut und Verelendung in den Ländern des Südens

Die österreichische Regierung unterstützt auf internationaler Ebene Bemühungen zur Erreichung eines Schuldenerlasses für Länder der so genannten „Dritten Welt“. Die Grünen peilen eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf 0,39 % des BIP an.

Keine Abfangjäger

Als Teil eines friedlichen und großen europäischen Projekts ist eine militärische Gefährdung Österreichs nicht zu erkennen. Abfangjäger sind weder aus neutralitäts- noch verfassungsrechtlichen Gründen notwendig.

Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht

Die allgemeine Wehrpflicht ist abzuschaffen. An deren Stelle treten kleine, gut ausgebildete und technisch wie finanziell gut ausgestattete Einsatzteams für den Katastrophenschutz bzw. eine UN-Brigade zur Fried-

enserhaltung im Auftrag des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Ein freiwilliger Sozial- und Friedensdienst ist weiterhin möglich. Zivildienstplätze sind nach Möglichkeit durch vollwertige Arbeitsplätze zu ersetzen.

5. Mit Rückgrat Europa gestalten

Die Grünen bekennen sich zu einer raschen europäischen Einigung ohne Vetodrohungen als Möglichkeit, bestehende Probleme gemeinsam und nachhaltig zu lösen und (historische) Konflikte zu überwinden. Bestehende Demokratiedefizite der Europäischen Union sind im Zuge der Schaffung einer europäischen Verfassung und eines europäischen Grundrechtskatalogs abzubauen. Die Europäische Union muß eine Union der Menschen in einer offenen, demokratischen und zukunftsorientierten Gesellschaft werden.

Grüne Europapolitik setzt um:

Die Einigung Europas

Die Erweiterung der Union ist ein großer Schritt zur Überwindung der Spaltung Europas. Sie stärkt Zusammenarbeit, schafft einen großen, einheitlichen Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsraum, etabliert demokratische Grundrechte und ist eine Möglichkeit, österreichische Umweltinteressen nachhaltig durchzusetzen.

Die europäische Verfassung

Ein Grundrechtskatalog schafft unmittelbar durchsetzbare Grundrechte für die BürgerInnen. Die volle Mitbestimmung für das von den BürgerInnen gewählte Europäische Parlament ist die Grundlage einer europäischen Demokratie.

Die EU als Beschäftigungs- und Sozialunion

Sozialpolitik ist eine zentrale Aufgabe der Europäischen Union. Soziale Grundsicherung ist als Standard durchzusetzen. Vollbeschäftigung und einheitliche Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht verhindern Lohndumping. Die Ökologisierung des europäischen Steuersystems schafft zusätzliche Arbeitsplätze und fördert Umwelt, Forschung, Innovation und technologische Entwicklung.

Wenn Sie sich genauer informieren wollen, rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns: Grünes Dialogbüro
1070 Wien, Lindengasse 40
++43/1/522 69 69
dialogbuero@gruene.at
<http://www.gruene.at>